
N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 05.10.2022

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 20:01 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck eröffnet die Sitzung um 16:33 Uhr und begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Beigeordneten und Gäste. Er stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit der Anwesenheit von 8 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck bittet um Streichung von Tagesordnungspunkt 7.2 (Abstimmung Zukunftsreise) und stellt die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung, nachdem weitere Wortmeldungen nicht erhoben werden.

Abstimmungsergebnis: 8:0:0

3 Genehmigung der Niederschrift vom 31.08.2022

Der Ausschussvorsitzende bringt die Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses vom 31.08.2022 zur Abstimmung. Wortmeldungen werden nicht erhoben.

Abstimmungsergebnis: 8:0:0

4 Bekantgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse aus der Sitzung vom 31.08.2022 bekannt:

Unternehmensangelegenheiten
Feststellung des Konzernabschlusses der Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2021

Unternehmensangelegenheiten
Beschluss über die Ergebnisverwendung der Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2021

Unternehmensangelegenheiten
Beschluss über die Erfüllung der Zielvereinbarungen mit den Geschäftsführern der Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2021

Unternehmensangelegenheiten
Beschluss über die Veröffentlichung des Konzernabschlusses und der Jahresabschlüsse zum 31.12.2021 der Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH

Verleihung der "Fritz-Hesse-Medaille" der Stadt Dessau-Roßlau

Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Dessau-Roßlau

5 Bekantgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass für den Berichtszeitraum keine Eilentscheidungen vorliegen.

6 Einwohnerfragestunde

Wortmeldungen werden zu diesem Tagesordnungspunkt nicht erhoben. Schriftliche Anfragen wurden nicht eingereicht.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

Stadtrat Fricke erscheint um 16:37 Uhr. Beschlussfähigkeit mit Anwesenheit von 9 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern ist gegeben.

7.1 Bericht des Beigeordneten aus dem Ukrainestab

Frau Paesold, Leiterin des Amtes für Soziales und Integration, erstattet Bericht aus dem Ukrainestab. Mit Stand 04.10.2022 wurden 1.223 ukrainische Flüchtlinge in der Stadt aufgenommen. 15 Personen stammen aus einem anderen Herkunftsland, gelten jedoch als ukrainische Flüchtlinge. Von 112 Kindern im Kindergartenalter sind 74 in Kindereinrichtungen angemeldet. Von 340 Kindern im schulpflichtigen Alter sind 255 in Schulen angemeldet. Nach wie vor kommen wöchentlich ukrainische Flüchtlinge in unterschiedlicher Anzahl in der Stadt an. Nach der Ankunft in der Turnhalle erfolgt, wie bisher, die Anmeldung in der Ausländerbehörde sowie im Amt für Soziales und Integration bis zur Ausstellung der Aufenthaltserlaubnis bzw. Fiktionsbescheinigung. In Einzelfällen erfolgen Übergangsleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Bezüglich der Erstattungsleistungen an die Kommunen muss nachgesteuert werden, da die Flüchtlingsströme im gesamten Bundesgebiet nicht abreißen.

Die Spendenstelle ist nun regelmäßig geöffnet, solange Spenden zur Verfügung gestellt werden können. Zugang erhalten alle Personen, die in den Rechtskreiswechsel eingetreten sind (Empfänger vom Jobcenter, von SGB II und SGB XII Leistungen). Vorhandene Gutscheine für Bekleidung und Wohnungseinrichtungsgegenstände wurden vollständig herausgegeben. In der Spendenstelle wird insbesondere nach Kleidung gefragt. Es wird in Zusammenarbeit mit den Bürgern versucht, der Nachfrage gerecht zu werden.

Frau Paesold ergänzt, dass sich eine Person in der Obdachlosenunterkunft befindet und sich derzeit 113 Personen in der Turnhalle aufhalten. 110 Personen befinden sich in Wohnheimen und 773 in Wohnungen. Insgesamt wurden 282 Wohnungen angemietet. Ab 01.07.2022 können ankommende ukrainische Flüchtlinge selbst Wohnräume anmieten, sodass bis zum Jahresende viele privatrechtliche Mietverhältnisse begründet werden können.

In der Turnhalle werden 50 Plätze für reguläre Zuweisungen vom Landesverwaltungsamt freigehalten. Nach wie vor findet derzeit eher eine unkontrollierte Zuwanderung aus Städten, die keine weiteren Flüchtlinge aufnehmen, statt. Soweit in der Stadt Kapazitäten vorhanden sind, erfolgt eine weitere Aufnahme von Personen. Insgesamt wurde in der Turnhalle vorerst die Kapazität auf 150 Plätze begrenzt. Sollte eine weitere Zuweisung vom Land Sachsen-Anhalt erfolgen, müssten die Plätze in der Turnhalle erweitert werden.

Es wurden 21 unbegleitete Minderjährige aufgenommen. Das Land Sachsen-Anhalt hat die Quote der Aufnahme für unbegleitete Minderjährige noch nicht erfüllt. Es wurde angekündigt, dass entsprechend der Quote von 3,3% weiterhin unbegleitete

Minderjährige aufgenommen werden müssen. Es wird - soweit möglich - vorbereitet, diese in den stationären Einrichtungen unterzubringen.

Herr Mrosek, Fraktion der AfD, nimmt Bezug auf die Ausführungen zu den 15 alternativen Personen, die als ukrainische Flüchtlinge gelten. Er bittet um Erläuterung, um welche Personen es sich dabei handelt. Des Weiteren möchte er wissen, in welcher Höhe die Gutscheine für Bekleidung ausgestellt sind, wo diese einlösbar sind und ob diese pro Person oder Familie ausgereicht werden. Abschließend erfragt Stadtrat Mrosek die derzeitige Spendenbereitschaft der Bürger.

Frau Paesold erklärt, dass die 15 Personen aus anderen Herkunftsländern stammen, jedoch bereits in der Ukraine gelebt und gearbeitet haben oder einen Aufenthaltstitel für die Ukraine hatten. Sie werden unter den ursprünglichen Herkunftsländern registriert, gelten jedoch als ukrainische Flüchtlinge. Es handelt sich hierbei um das übliche Procedere, das mit der Ausländerbehörde abgestimmt wurde.

Es wurden Gutscheine von jeweils 50,00 EUR von einer Firma aus Dessau-Roßlau für Bekleidung und Ausstattungsgegenstände zur Verfügung gestellt. Wie im Vorfeld abgestimmt, werden die Gutscheine pro Person und nach Familiengröße ausgegeben. Um Verwerfungen zu vermeiden, erfolge die Aushändigung bei Einzug in die Wohnung. Bei den jetzigen Nachfragen und Anträgen für Bekleidung, wurde dies als Grundlage genommen, um die Gutscheine weiterzureichen mit dem Hinweis, dass in der Spendenstelle noch Bekleidung und Schuhe zur Verfügung stehen.

Ein weiterer Spendenaufruf ist noch nicht erfolgt. Es wird derzeit überlegt, einen konkreten Aufruf für bestimmte Ausstattungsgegenstände oder Bekleidung zu starten, denn alle in der Spendenstelle vorhandenen Spenden sollen zunächst an die ukrainischen Flüchtlinge ausgegeben werden.

Herr Mrosek, Fraktion der AfD, möchte wissen, ob der Gutschein in Höhe von 50,00 EUR einmalig, mehrmals oder nach Bedarf ausgereicht wird. Des Weiteren bittet er um Auskunft darüber, wie schwierig es sich im Jobcenter gestaltet, ukrainische Flüchtlinge mit Facharbeiterabschluss oder Ähnlichem in den Arbeitsmarkt zu integrieren und welche Hindernisse, außer der Sprache, bestehen.

Frau Paesold erklärt, dass die Gutscheine einmalig pro Familie nach dem Prinzip der gleichen Verteilung ausgegeben werden. Die Frage zum Jobcenter wird schriftlich beantwortet werden.

Herr Kellner, Fraktion der CDU, berichtet von seiner Beobachtung, dass in der Notunterkunft Mittagessen nicht ausgegeben und entsorgt wird, weil der Bedarf nicht vorhanden ist. Er erfragt Möglichkeiten, das überschüssige Essen an bedürftige Familien oder an die Tafel weiterzugeben.

Herr Adamek, Fraktion der CDU, erklärt, dass Essen laut DIN 10536 nach 3 Stunden verworfen werden muss. Auf Nachfrage von Stadtrat Kellner erklärt Stadtrat Adamek, dass eine Weitergabe des Essens aus mikrobiologischen Gründen nicht zulässig ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck nimmt die Anregung gern auf. Um Ressourcen zu schonen, sollte darüber nachgedacht werden, wie eine Weitergabe des überschüssigen Essen so erfolgen kann, dass es den hygienischen Vorschriften entspricht.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erbittet Auskunft über die Höhe der täglichen Zugänge.

Frau Paesold erklärt, dass dies ganz unterschiedlich ist. An manchen Tagen werden 10 Personen aufgenommen, an anderen wiederum nur eine Person. Es kommen nicht nur am Wochenende Personen an, sondern auch unter der Woche. Im Vorfeld wird in Telefonaten abgeklärt, ob die Stadt noch Personen aufnehmen kann. Nicht alle Personen kommen in der Turnhalle an; einige gehen direkt zu ihren Familien vor Ort. Diese Zugänge werden erst nach den Regularien der Anmeldung / Registratur bei der Ausländerbehörde festgestellt.

Stadtrat Schönemann möchte weiter zum Thema „Aufnahmepflicht für Minderjährige“ wissen, ob auch unmündige, nicht rechtsfähige Personen ankommen und wie sich dies gestaltet.

Frau Paesold erklärt, dass dies noch nicht festgestellt wurde. Einige Personen, die in Familienverbänden oder mit Anverwandten eingereist sind, haben einen großen Hilfebedarf. Bei diesen Personen wird gleich durch medizinische Versorgung und Feststellung des Grades der Behinderung Hilfe geleistet und Unterstützung organisiert. Bei den unbegleiteten Minderjährigen ist Frau Paesold Derartiges nicht bekannt. Sie klärt den Sachverhalt jedoch ab.

Abschließend möchte **Stadtrat Schönemann** wissen, wann die Grenzen der Aufnahmekapazität erreicht sind.

Frau Paesold berichtet, dass nach wie vor kein gültiger Erlass des Landes Sachsen-Anhalt zur Zuweisung und Quote der Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge vorhanden ist. Vor drei Wochen wurde eine Gesamtaufnahme-Quote von 4,4 % für die Stadt Dessau-Roßlau angekündigt. Unterschieden wird nach ukrainischen Flüchtlingen und nach Flüchtlingen aus anderen Herkunftsländern. In der Turnhalle liegt noch eine Kapazität von 50 Plätzen für reguläre Zuweisungen vor. 38 Plätze sind noch in Wohnheimen vorhanden. Sollte die Situation zusätzlicher Aufnahmen eintreten, muss gemeinsam mit dem Oberbürgermeister entschieden werden, wo weitere Kapazitäten hergestellt werden können.

7.2 Abstimmung Zukunftsreise

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung genommen.

7.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck begrüßt Frau Ellenberger, Leiterin des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement und den Architekten, Herrn Stuve, für einen Sachstandsbericht zur Planung der Ratssaalsanierung.

Frau Ellenberger, Leiterin des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement, teilt mit, dass das Büro von Herrn Stuve die Umbaumaßnahmen des neuen Bürgerbüros durchführt hat und auch an verschiedenen anderen Stellen im Rathaus baubegleitend tätig gewesen ist.

Herr Stuve, Architekt, stellt die weitere Fortschreibung der Sanierung des Ratssaales anhand einer Power Point Präsentation vor, welche der Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Im Anschluss daran, spielt Herr Stuve einen Kurzfilm über den neuen Ratssaal als Impression ab.

Die Formulierung der transluzenten Glaswand, die das alte Fresko durchscheinen oder ganz freigeben kann, wäre noch in den Gremien oder mit einem Kunstwettbewerb zu vertiefen.

Herr Mrosek, Fraktion der AfD, äußert sich positiv zur Präsentation. Es wurde ein gesundes Maß zwischen Alt und Neu gefunden und auch an die Fluchtwege wurde gedacht. Er möchte wissen, mit welchen Kosten für die Realisierung vor dem Hintergrund der Kostensteigerungen und der Lieferengpässe zu rechnen ist. In welcher Zeitschiene ist eine Umsetzung möglich, sollten die Stadträte dem zustimmen?

Herr Stuve führt aus, dass im Vorfeld noch Ausschreibungs- und Vergabeverfahren vorzunehmen sind. Diese nehmen jeweils etwa ein Quartal in Anspruch. Unter Berücksichtigung von Weihnachts- und Ferienzeiten, Beschlussfassungen und Sitzungsterminen ist von einem Baubeginn im Sommer/Spätsommer nächsten Jahres auszugehen. Die bisherige Kostenberechnung aufgrund der vertieften Planung inklusive der Brandschutzmaßnahmen und Nebenkosten liegt bei 1,6 Mio. Euro. Herr Stuve geht davon aus, dass eine baukonjunkturelle Lage eintreten wird, die möglicherweise die Kostenexplosionen der letzten Jahre kompensieren wird. Nach Abschluss der vertieften Planung wird eine mit den aktuellen Zahlen unterlegte Kostenberechnung erstellt. Danach werden verpreiste Leistungsverzeichnisse erstellt. Nach realistischer Planung, Genehmigung und Ausschreibung kann eine Veröffentlichung erfolgen und die Frage des Baustarts konkret beantwortet werden.

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum - Bürgerliste, stellt sich den Bereich des Foyers sehr klein vor. Er möchte wissen, ob dieser Bereich vergrößert wird.

Herr Stuve erklärt, dass die gesamte Flurbreite, die jetzt geschlossen ist, dann geöffnet sein wird. Das Foyer wird somit in den Treppenraum verlagert. Die Option ei-

ner mobilen kostenintensiven Trennwand im Ratssaal wurde im Vorfeld bereits diskutiert und besteht weiterhin.

Stadtrat Fackiner erachtet die vorgestellte Variante für machbar und würde diese gern in seiner Fraktion diskutieren. Einzelne Punkte sind noch gesondert zu betrachten. Vorgegangene Diskussionen wurden dahingehend geführt, einen weiteren fehlenden Saal in angemessener Form zu gestalten.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, äußert sich erfreut, dass die jahrelange Arbeit ein Ende findet und das Ergebnis eine Qualität bietet, die der Stadt würdig ist. Als besonders bemerkenswert erachtet er die Lösung mit der transparenten Wand und dem verantwortungsvollen Umgang mit dem historischen Bild; er hätte sich jedoch mehr Farbe gewünscht. Die Möblierung macht auf ihn einen sehr kühlen, nüchternen Eindruck und könnte noch anders gestaltet werden. Die Gesamtgestaltung mit dem Zuschauerbereich sieht er als den richtigen Schritt. Die Vorarbeiten sind aus seiner Sicht nicht zu unterschätzen. Er äußert jedoch den Wunsch, noch in dieser Legislatur die letzte Sitzung im neuen Ratssaal abzuhalten. Klare Botschaft seiner Fraktion ist, mit der Sanierung zu beginnen

Herr Adamek, Fraktion der CDU, äußert sich erfreut über die großartige Lösung, auch bezüglich des Wandbildes. Die parlamentarische Bestuhlung mit der Möglichkeit, dass Zuschauer dazwischen sitzen, erachtet er als sehr gut. Er begrüßt ein zügiges Vorankommen.

Frau Wirth, Leiterin des Amtes für Stadtfinanzen, bittet Herrn Stuve um Erläuterung der baulichen Voraussetzungen für den Baubeginn.

Herr Stuve führt aus, dass mit Beginn der Maßnahme im Ratssaal Büroräume verlorengehen. Mit dem Wahlamt wurde intensiv besprochen, welcher Bedarf besteht. Räume im Neubau eignen sich auch bezüglich der Möblierung sehr gut. Die Kästen in den Fluren mit Kabelsträngen, die sich im Fluchtweg befinden, stellen eine zusätzliche Brandlast dar. Nach der Verlagerung des Bürgeramtes nach unten, sind Freiräume vorhanden, die umgebaut werden müssen. Die diesbezügliche Planung ist bereits sehr weit vorangeschritten, sodass eine kurzfristige Umsetzung möglich ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck sieht nach der Aussprache die Arbeitsrichtung als mehrheitsfähig, auch wenn Rücksprachewünsche in den Fraktionen vorhanden sind.

Stadtrat Schönemann bittet um eine klare Aussage darüber, ob Einigkeit besteht.

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, deutet Nichtäußerungen als Zustimmung. Die neue Sitzordnung begrüßt er besonders. Die neue Wandgestaltung ist in seinen Augen gut anzusehen. Er würde es begrüßen, wenn eine Variante vorgestellt werden könnte, in der das alte und das neue Bild zu sehen sind.

Herr Stuve erklärt, dass versucht wurde, mit dem alten Wandbild eine Geschichte zu erzählen, indem man unterschiedliche Ausschnitte freilegt oder abdeckt. Aufgrund der Größe des Wandbildes ist es nicht möglich, Dinge herauszugreifen und daraus eine neue Erzählung für Dessau zu kreieren. Die Fresko-Malerei wird gereinigt und konserviert. Mit einer transparenten Glaswand wird eine neue Zeitschicht über das geschichtliche Bild gelegt, das teilweise noch durchscheinen kann. Beide Bilder haben ihre Berechtigung nebeneinander. Die Glaswand kann auch weggefahren werden, um das alte Bild zu bestimmten Anlässen zu präsentieren. Mit der Überlagerung werden zwei unterschiedliche Zeitschichten dargestellt. Das Bild der fünfziger Jahre symbolisiert den Wiederaufbau der Stadt und ist erhaltenswert. Die Themenstellung für die neue Schicht ist, dass Dessau eine Geschichte davor und danach hat. Mit diesem Konzept werden dann weitergehende vertiefende Diskussionen zu führen sein.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck stellt fest, dass mehrheitlicher Impuls der Aussprache ist, die Arbeit entschieden voranzutreiben. Er signalisiert Aufgeschlossenheit für Alternativrichtungen, die als Zwischenschritte mitgedacht werden müssen. Über die Wahl des Bildmotives kann sich noch verständigt werden. Die Eckpunkte wurden bestätigt.

Herr Adamek, Fraktion der CDU, spricht das Problem an, dass für Besucher von Veranstaltungen in den Abend- und Nachtstunden keine Taxis zur Verfügung stehen. Nur wenige Taxiunternehmen erklären sich bereit, nachts zu fahren. Er möchte wissen, was die durch die Stadt vergebenen Lizenzen beinhalten, wie beispielsweise eine 24-Stunden-Absicherung. Bei der Neuvergabe von Lizenzen könnte verbindlich eingebracht werden, dass eine bestimmte Anzahl von Fahrzeugen rund um die Uhr im Stadtgebiet zur Verfügung stehen und über eine Taxizentrale erreichbar sein müssen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck schlägt vor, das Thema als Berichtspunkt aufzunehmen. In der nächsten Sitzung des Haupt- und Personalausschusses wird das zuständige Fachamt berichten, wie sich die Situation darstellt.

Herr Kellner, Fraktion der CDU, schließt sich den Ausführungen von Stadtrat Adamek an. Er ist der Meinung, dass weitere Möglichkeiten der Personenbeförderung eruiert werden sollten. Das Thema sollte im Ganzen betrachtet werden. Gegebenenfalls gibt es neue Möglichkeiten, wie beispielsweise über eine App, die in anderen Städten erfolgreich praktiziert werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass Alternativen, Bedingungen und Anregungen aus anderen Orten mit dargestellt werden.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, spricht die Dienstleistungsproblematik im Bereich Erziehungs-, Wohngeld und aus einem Teil des Bereiches des Sozialamtes an. Aufgrund von Personalmangel werden Tage ausgesetzt und es kommt zu Zuständen, die nicht vertretbar sind.

In der Vergangenheit wurde derartigen Situationen entgegengewirkt, indem eine Teambildung stattgefunden hat, die zeitweise „die Spitze des Eisberges“ abgearbeitet hat. Er möchte wissen, ob Derartiges angedacht wird. Eine Aussetzung ist nicht das, was die Bevölkerung von einer Dienstleistung der städtischen Verwaltung erwartet und ist auch nicht hinnehmbar.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck bestätigt, dass eine derartige Vorgehensweise stattgefunden hat. Es wurde jedoch in den vergangenen Jahren gezeigt, wie Verwaltung gebündelt wird. Hinzu kommt in diesem Fall, dass geschultes Personal notwendig ist.

Frau Paesold, Leiterin des Amtes für Soziales und Integration, weist darauf hin, dass es sich bei dem Elterngeld um eine Bundesleistung handelt, sodass man an bestimmte Verfahrensvorschriften gebunden ist. Die Personen, die sich an die Verwaltung gewandt haben, haben einen Rückruf erhalten. Es wurde vereinbart, dass für anstehende bereits bestehende Ansprüche durch die Stadt in Vorleistung gegangen wird. Es erfolgte eine Zusage, dass bis Ende Oktober diese Elterngeldanträge vorrangig bearbeitet werden. Alle Kräfte werden derzeit gebündelt. Als schwierig gestaltet es sich, wenn beide Beschäftigte, die den Zugang zur Bundeskasse haben, krankheitsbedingt die Dienstleistung nicht erbringen können.

Bei Elterngeldanträgen von Leistungsberechtigten aus dem Jobcenter handelt es sich um Erstattungsverfahren. Diese Personen erhalten weiterhin ihre Leistungen vom Jobcenter, sodass keine Lücken entstehen. Mit dem Jobcenter wurde vereinbart, dass die Erstattungen etwas zeitverzögert erfolgen. Vorrang haben die Eltern, die auf die Lohnersatzleistung Elterngeld angewiesen sind.

Wie den Medien zu entnehmen ist, wird über die Finanzierung der Wohngeldreform gestritten. Fakt ist, dass mit einer Verdreifachung der Zugänge der Leistungsberechtigten zu rechnen ist. Vorsorge wurde dahingehend getroffen, dass der Wohngeldbehörde Personal zugeführt wird. Mit einer Vielzahl von Anträgen muss gerechnet werden.

Herr Mrosek, Fraktion der AfD, erfragt, ob die Ursache der Rückstände auch in der Umstrukturierung innerhalb des Amtes begründet ist, dass beispielsweise Personal abgezogen wurde und nun andere Aufgaben zu lösen hat.

Frau Paesold erklärt, dass in der Elternstelle keine Person für andere Aufgaben abgezogen wurde. Die Ursache resultiert aus dem krankheitsbedingten Ausfall der beiden langjährigen Mitarbeiterinnen. Die Abarbeitung bis Ende Oktober bezieht sich auf die Anträge, die bereits jetzt Leistungsansprüche haben. Maßgeblich ist hierfür das Geburtsdatum der Kinder, sodass eine chronologische Abarbeitung erfolgt. Eine wöchentliche Zahlbarkeit des Elterngeldes wurde eingeräumt. Die laufenden Zahlungen bereits beschiedener Anträge sind sichergestellt.

Herr Kellner, Fraktion der CDU, bittet um Zusammenstellung freier Kapazitäten für Kinderschwimmkurse über das Seepferdchen hinaus durch das Sportamt. So können Eltern erfahren, welche Anbieter (außer die Stadt) noch vorhanden sind. Seines Wis-

sens nach bieten auch verschiedene Fitnessvereine Schwimmkurse für Kinder an. Seitens des Schulamtes könnte eine Verteilung dieser Auflistung über die Schulen erfolgen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass der Sachverhalt an das Schulverwaltungsamt und das Referat Sportförderung weitergegeben wird.

Des Weiteren bezieht sich **Stadtrat Kellner** auf das Thema der fehlenden Schulsozialarbeiter. In einigen Schulen brechen ganze Projekte weg. Er bittet darüber nachzudenken, eine Art Patenschaft durch andere Schulsozialarbeiter zu bilden, da derzeit ganze Arbeitsgemeinschaften sterben. Beispielsweise gab es Planungen für ein Basketballfeld, das über die Schulsozialarbeit finanziert wurde. Fördermittelanträge wurden gestellt. Stadtrat Kellner möchte wissen, was mit dem Geld geschieht, wenn es nicht abgerufen wird. Es wäre schade für die Schulen, weil in den letzten Jahren auf diese Weise ein Mehrwert geschaffen wurde. Bei einer AG muss ein Schulsozialarbeiter nicht danebenstehen, wenn eine andere Person diese durchführt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass auch dieses Thema an das Schulverwaltungsamt weitergereicht wird.

Frau Koschig, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum - Bürgerliste, regt eine Unterstützung des Ehrenamtes und der Kultur im Winter 2022/2023 an. Den dramatischen Anstieg der Energiekosten, den private Vermieter komplett umlegen, können viele Kulturgruppen nicht stemmen. Die Roßlauer Schiffswerft vermietet beispielsweise das ehemalige Sozialgebäude an kulturelle Gruppen, wie die Oriental Dance Girls. Diese haben von der Roßlauer Schiffswerft eine Information bekommen, dass die Räumlichkeiten im Winter nur im Frostschutzmodus betrieben werden können. Das ist unzumutbar. Vorgeschlagen wurde ein Aussetzen der Übungsräume mit einem Erlass der Miete. Nach der Pandemie wäre dies für den Verein tödlich. Stadträtin Koschig erfragt die Möglichkeit der Definition sogenannter Wärmeinseln für kulturelle und anderweitige Gruppen (z.B. Selbsthilfegruppen). Beispielsweise könnten diesen bis zum Frühjahr Räumlichkeiten an Schulen, die sowieso beheizt werden, am Nachmittag zur Verfügung gestellt werden. Sie bittet um Prüfung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck schlägt vor, dass sich betroffene Vereine im Bedarfsfall direkt an das Sportreferat oder das Kulturamt wenden, damit nach einer Lösung gesucht wird. Die Anfrage von Stadträtin Koschig wird jedoch an die entsprechenden Ämter zur Prüfung weitergeleitet.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, berichtet, dass im letzten Kulturausschuss die fehlenden Hallenkapazitäten im Zuge der Flüchtlingsproblematik Thema war. Glücklicherweise konnte Kontakt zum neuen Sportzentrum in den Kreuzbergen aufgenommen werden. Dort bestehen eine Reihe von Möglichkeiten im Bereich Tanz, Gymnastik und Athletik. Es konnte erreicht werden, für den Nachwuchs die Hallenkapazitäten für das Jahr abzusichern. Derzeit wird sich bemüht, die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen für die Nutzung des Areals, unabhängig von der weite-

ren Entwicklung der Energieproblematik. Stadtrat Schönemann zeigt sich diesbezüglich optimistisch. Er sieht immer Möglichkeiten, Unterstützung und Hilfe zu erhalten. Die Kapazität dieses Sportzentrums sowie die individuelle Nutzungsmöglichkeiten sind beachtlich.

Des Weiteren bittet Stadtrat Schönemann um Mitteilung des Sachstandes der Ausschreibung des hauptamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten, der eine würdige Jugendvertretung im kommenden Jahr auf den Weg bringen soll. Ist eine Realisierung zum 01.01.2023 absehbar, wie im Fachbereich angekündigt wurde? Weiter bittet er um Mitteilung des Sachstandes bezüglich der Jugendbefragung zur Form der Jugendvertretung.

Stadtrat Schönemann spricht mit Nachdruck das Vorhaben an, eine Anlaufstelle für das Ehrenamt in der Stadt zu gestalten. Diese ist nötig, um Vereine in der Satzungsfrage, in der Finanzierung, zum Thema Fördermöglichkeiten etc. zu begleiten. Auf diese Weise werden Leistungen an Lebensqualität in der Stadt potenziert. Er möchte wissen, ob die Stellenausschreibung bereits auf den Weg gebracht wurde oder wann damit zu rechnen ist.

Frau Paesold teilt mit, dass an dem Thema „Kinder und Jugendbeauftragter“, an dessen Stellenausschreibung sowie an dem Thema „Satzung“ gearbeitet wird. Aufgrund der aktuellen Situation im verantwortlichen Dezernat ist es nicht einfach, alle Dinge auf den Weg zu bringen. Sie hält es in der Kürze der Zeit für nicht realistisch, bis zum 01.01.2023 einen hauptamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten zu realisieren. Am kommenden Freitag findet im Fachbereich ein Gespräch zu diesem Thema statt.

Stadtrat Schönemann bittet um regelmäßige Information zum Arbeitsstand im Fachausschuss. Er zeigt Verständnis für die derzeitige Situation, bittet jedoch darum, sich dieser langfristigen Zielsetzung zu stellen.

Frau Paesold wird Herrn Deckert darum bitten, im nächsten Jugendhilfeausschuss über das Thema zu berichten.

Herrn Oberbürgermeister Dr. Reck ist eine konkrete Stellenschaffung zur Ehrenamtsbörse nicht bekannt. Mit der Bürgerbeauftragten hat die Stadt jedoch eine gute Ansprechpartnerin. Des Weiteren sind in den Fachämtern Kontaktpersonen vorhanden. Er weist darauf hin, dass derzeit viele herausfordernde Aufgaben zu bewältigen sind, von denen die pflichtigen Aufgaben Priorität haben. Derzeit sind mehr als 34 Stellen unausgeschrieben. Mit den vorhandenen Ressourcen muss zurechtgekommen werden. Gleichwohl wird an dem Thema weiter gearbeitet. Es wird im Fachausschuss darüber berichtet werden.

Die nächste Ehrenamtsveranstaltung ist bereits terminiert und das Thema wird im Auge behalten. Es findet ein Austausch an verschiedenen Stellen statt. In der täglichen Arbeit ist Unterstützung vorhanden, die koordinierende Stelle ist jedoch noch nicht gegeben.

8 Beschlussfassungen

8.1 Wahl einer Schiedsperson für die Schiedsstelle I der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/315/2022/I-07

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert über den Rückzug der Bewerbung als Schiedsperson der dritten Kandidatin. Im Stadtrat ist zwischen den beiden verbleibenden Bewerbern zu wählen. Er begrüßt die Bewerber, erläutert den Ablauf des Verfahrens und bittet diese, sich vorzustellen.

Der erste Bewerber, Herr Andreas Seibel, wohnt seit 1980 in Dessau. Er sucht auf diesem Wege eine Tätigkeit während seines baldigen Ruhestandes. Seine Erfahrungen aus seinem Arbeitsleben möchte er auf diese Weise einbringen. Der Bewerber war als Personalleiter in verschiedenen Wirtschaftsunternehmen außerhalb von Dessau tätig. Ehrenamtlich war er Richter am Arbeitsgericht in Dessau sowie am Landesarbeitsgericht in Halle. Die Arbeitgeberseite hat er ehrenamtlich im Verwaltungsrat der AOK Sachsen-Anhalt bis hin zum Bundesverband vertreten. Er ist verheiratet und hat drei erwachsene Kinder.

Der zweite Bewerber, Herr Franz Schubert, ist erst kürzlich nach Dessau-Roßlau gezogen. Auf Nachfrage von Stadtrat Schönemann teilt der Bewerber mit, dass er pensionierter Kriminalbeamter ist. Über 40 Jahre war er in diesem Bereich in der Polizeidirektion Leipzig tätig.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck bittet die Ausschussmitglieder um Bestätigung der Beschlussvorlage in der geänderten Form.

Geänderter Beschluss:

Der Stadtrat wählt für die Besetzung einer weiteren Schiedsperson für die Schiedsstellen I der Stadt Dessau-Roßlau nach § 4 Abs. 1 Schiedsstellen- und Schlichtungsgesetz (SchStG) folgende Schiedsperson:

Für die Besetzung der Stelle werden folgende Personen nominiert:

1. Herr Andreas Seibel
2. Herr Franz Schubert

Abstimmungsergebnis: 8:0:1

8.2 **Berufung Stadtwahlleiter und stellvertretenden Stadtwahlleiter** Vorlage: BV/316/2022/II-32

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck begrüßt Frau Hoyer, Leiterin des Amtes für öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie Frau Hankel, Sachgebietsleiterin Statistik und Wahlen, zur Einführung in die Beschlussvorlage.

Der Haupt- und Personalausschuss ist damit befasst, die designierte Stadtwahlleiterin, Frau Hankel, für den Stadtrat weiterzuempfehlen. Für die Vertretung hat sich Herr Mielniczek zur Verfügung gestellt.

Frau Hankel stellt sich den Ausschussmitgliedern vor und erläutert ihre beruflichen Voraussetzungen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau beschließt:

Frau Jennifer Hankel, Leiterin des Wahlamtes der Stadt Dessau-Roßlau wird zur Stadtwahlleiterin der Stadt Dessau-Roßlau, Herr Danilo Mielniczek, Sachbearbeiter Wahlen und Statistik der Stadt Dessau-Roßlau zum stellvertretenden Stadtwahlleiter berufen.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

8.3 **Erste Fortschreibung zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen der Stadt Dessau-Roßlau für die Schuljahre 2022/2023 bis 2026/2027** Vorlage: BV/279/2022/V-40

Herr Kuras, Leiter des Amtes für Bildung und Schulentwicklung, erklärt, dass der Bestand im Gropius-Gymnasium für die nächsten Jahre nachgewiesen wurde.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, nimmt Bezug auf Diskussionen zum Thema „Zurverfügungstellung von Schulgebäuden“. Er möchte wissen, ob es Ansätze für die Zukunft gibt, dass bezüglich der Sekundarschulen stadt- bzw. quartiersbezogen nachgedacht wird. Für den derzeitigen Entwicklungszeitraum wurde festgestellt, dass der vorhandene Bestand ausreichend ist.

Frau Paesold, Leiterin des Amtes für Soziales und Integration, weist darauf hin, dass es in der jetzigen Vorlage um die Auflage des Landesverwaltungsamtes geht, den Bestand in den Gymnasien nachzuweisen. Die von Stadtrat Schönemann ange-

sprochene Thematik bleibt der Evaluation vorbehalten. Die diesbezügliche Diskussion ist noch nicht abgeschlossen und wurde als Arbeitsauftrag im Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales aufgenommen.

Herr Adamek, Fraktion der CDU, regt eine Betrachtung der Gesamtschulsituation im Stadtgebiet mit der Frage an, ob das reguläre Abitur an der Berufsschule möglicherweise die Bestandsgymnasien schwächt. Er sieht dies als Thema bei der nächsten Schulentwicklungsplanung.

Beschluss:

Der 1. Fortschreibung zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung der Stadt Dessau-Roßlau für die Schuljahre 2022/2023 bis 2026/2027 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

8.4 Gewährleistung des barrierefreien Zugangs zum Haltepunkt Meinsdorf der Deutschen Bahn und Errichtung eines Parkplatzes und Fahrradstandes **Vorlage: FV/022/2022/FrFr**

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, erläutert die Fraktionsvorlage. Der Haltepunkt der Deutschen Bahn in Meinsdorf weist gravierende Mängel auf. Es ist weder ein Parkplatz, noch ein Fahrradabstellplatz vorhanden. Das Fehlen eines barrierefreien Zugangs ist der schwerwiegendste Mangel. Der Fahrstuhlschacht wurde gebaut, jedoch nicht mit einer Aufzugsanlage ausgestattet.

Der Ortschaftsrat Meinsdorf hat in der Sitzung vom 08.09.2022 den gleichlautenden Beschluss einstimmig gefasst. Er betont, dass die Stadtverwaltung nicht als Investor für die Deutsche Bahn oder NASA dienen soll. Die Stadtverwaltung soll Mittel und Wege suchen, die beiden Institutionen dazu zu bringen, ihr Versäumnis nachzuholen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, sieht eine Beteiligung des Ortschaftsrates an derartigen Prozessen als Bestandteil der Ortsentwicklung. Er möchte wissen, an welcher Stelle der Beteiligung Fehler entstanden sind und warum nicht rechtzeitig eingelenkt wurde.

Er spricht sich dafür aus, dass das Defizit von dem Verantwortlichen schnellstmöglich kompensiert wird.

Herr Mrosek, Fraktion der AfD, befürwortet die Fraktionsvorlage, hat jedoch wenig Hoffnung, hier erfolgreich zu sein, da die Deutsche Bahn Fahrstühle erst ab 1.000 Passagieren pro Tag plant.

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum - Bürgerliste, äußert seine Unterstützung für diesen Antrag. Er hinterfragt die Verfassungskonformität der

Richtlinie (Taktung von 1.000 Passagieren/Tag) im Hinblick auf die Schaffung wertgleicher Lebensbedingungen. Es sollte selbstbewusst gegenüber der Bahn aufgetreten werden; eine Durchsetzung des Antrages erachtet er als nicht unmöglich.

Auch **Herr Fricke, Fraktion der SPD**, unterstützt den Antrag. Im Hinblick auf die Taktung erachtet er die Chancen jedoch als gering.

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, ergänzt zur Nachfrage von Stadtrat Schönemann, dass in den Bauplänen ein Fahrstuhlschacht vorhanden war. Er weist darauf hin, dass der Bahnhof in Roßlau einen Fahrstuhl erhalten hat, obwohl auch dort 1.000 Passagiere pro Tag nicht erreicht werden.

Nach seiner Information sollen vier Parkplätze und eine Fahrradabstellanlage in Meinsdorf nachgerüstet werden.

Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes, erklärt, dass die Verwaltung im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens an diesem Vorhaben beteiligt wurde. Eine Stellungnahme seitens der Stadt erfolgte am 01.02.2016, in der die Errichtung eines barrierefreien Zugangs mit Realisierung des Aufzuges gefordert wurde.

Die Verwaltung kann der Fraktionsvorlage folgen, wobei die Errichtung des Aufzuges durch die Bahn erfolgen muss. Die Stadt wird alle Möglichkeiten ausschöpfen, mit dieser Forderung an die Bahn heranzutreten. Des Weiteren kann die Stadt dafür plädieren, die Errichtung des Parkplatzes sowie des Fahrradstandes schnellstmöglich zu realisieren. Sollte dies nicht geschehen, besteht die Möglichkeit, nach Abschluss der planfestgestellten Maßnahme, das Schnittstellenprogramm der NASA zu nutzen, um Fördermittel für Pkw-Parkplätze und Radstellanlagen zu akquirieren. Herr Meister weist jedoch darauf hin, dass der Haltepunkt Meinsdorf an dritter Stelle nach Roßlau und Rodleben steht.

Herr Adamek, Fraktion der CDU, erklärt, dass seine Fraktion der Vorlage zustimmen wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck stellt noch einmal klar, dass die Stadt auf den Bau des Fahrstuhles hinwirken, ihn jedoch nicht erwirken kann. Er erfragt beim Einreicher der Vorlage, ob dies im Beschlusstext geändert werden kann. Er stellt fest, dass im Ergebnis der Aussprache Einigkeit besteht.

Herr Kellner, Fraktion der CDU, richtet die Bitte an die Fraktionen, dieses Thema in Richtung Bundestag zu kommunizieren. Einerseits werden der Bahn immense Sparzwänge auferlegt, andererseits entstehen daraus derartige Probleme.

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, spricht sich gegen eine Abänderung des Beschlusstextes aus.

Der Ausschussvorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:36 Uhr und stellt Nichtöffentlichkeit her.

Beschluss:

Der Stadtrat fordert die Stadtverwaltung Dessau-Roßlau auf, den barrierefreien Zugang zum Haltepunkt Meinsdorf mit dem Einbau eines Aufzuges in den vorhandenen Fahrstuhlschacht durch die Deutsche Bahn und oder die NASA GmbH zu erwirken und die Errichtung eines Parkplatzes und Fahrradstandes zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

13 Beschlussfassungen

13.1 Unternehmensangelegenheiten
Entlastung des Geschäftsführers der IVG Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH für das Geschäftsjahr 2021
Vorlage: BV/323/2022/II-20BTM

Zu diesem Tagesordnungspunkt werden keine Wortmeldungen erhoben.

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung die Entlastung des Geschäftsführers der IVG für das Geschäftsjahr 2021.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

13.2 Unternehmensangelegenheiten
Entlastung des Aufsichtsrates der IVG Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH für das Geschäftsjahr 2021
Vorlage: BV/324/2022/II-20BTM

Zu diesem Tagesordnungspunkt werden keine Wortmeldungen erhoben.

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung der IVG die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2021.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

**13.3 Unternehmensangelegenheiten
Wirtschaftsplan 2023 und Mittelfristplanung 2023 – 2027 der IVG Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH
Vorlage: BV/325/2022/II-20BTM**

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck teilt mit, dass der Aufsichtsrat die Wirtschaftsplanung in der vorliegenden Form befürwortet hat.

Zu diesem Tagesordnungspunkt werden keine Wortmeldungen erhoben.

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung dem Wirtschaftsplan der IVG GmbH für das Geschäftsjahr 2023 und der Mittelfristplanung 2023 – 2027 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

**13.4 Unternehmensangelegenheiten
Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH Rodleben (IVG)
Vorlage: BV/310/2022/II-20BTM**

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck teilt mit, dass der Aufsichtsrat empfohlen hat, § 5 Abs. 5 des Gesellschaftsvertrages geändert zu beschließen, in dem ein Prüfrecht des Landesrechnungshofes aufgenommen wurde. Er weist unter Bezugnahme auf die Kommunalverfassung darauf hin, dass dem Landesrechnungshof Prüfrechte über die Gesellschaftsverträge von Privatrechtsformen eingeräumt werden sollen. Im Aufsichtsrat fand dies mehrheitlich keine Zustimmung. Dieser hat empfohlen, das Prüfrecht nicht aufzunehmen.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, beantragt, das Prüfrecht des Landesrechnungshofes aus dem Gesellschaftsvertrag herauszustreichen, wie es im Aufsichtsrat beschlossen wurde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck stellt den Antrag des Stadtratsvorsitzenden, das Prüfrecht des Landesrechnungshofes in § 15 Abs. 5 des Gesellschaftsvertrages zu streichen, zur Abstimmung (8:1:0).

Der Antrag des Stadtratsvorsitzenden ist damit angenommen. Sodann stellt der Ausschussvorsitzende die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

1. die Umstellung des Stammkapitals der Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH im Zuge der Neufassung des Gesellschaftsvertrages auf Euro.
2. die Erhöhung des Stammkapitals der Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH zur Glättung um 20,81 EUR auf 51.150,00 EUR.
3. die Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH (Anlage 2).

Abstimmungsergebnis: 8:1:0

13.5 Unternehmensangelegenheiten Änderung des Wirtschaftsplans 2022 der Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH (SMG) Vorlage: BV/326/2022/II-20BTM

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erläutert die Beschlussvorlage. Wortmeldungen werden nicht erhoben.

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung der Änderung des Wirtschaftsplans der Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH für das Geschäftsjahr 2022 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: 8:0:1

14 Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung um 20:01 Uhr.

Dessau-Roßlau, 08.11.23

Dr. Robert Reck
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Liane Maisel
Schriftführer